

Klingbeil: Schwarzarbeit kostet Deutschland 766 Millionen Euro!

Bundesfinanzminister Klingbeil berichtet über 766 Millionen Euro Schaden durch Schwarzarbeit 2024 und kündigt neue Maßnahmen an.



Deutschland - Das Bundesfinanzministerium hat in einem aktuellen Bericht einen Gesamtschaden durch Schwarzarbeit im Jahr 2024 von 766 Millionen Euro festgestellt. Dieser Betrag stellt jedoch lediglich einen Bruchteil des realen Schadens dar, dessen wahre Dimensionen Experten zufolge noch weit darüber hinausgehen. Bundesfinanzminister und Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) betont, dass die Dunkelziffer der Schwarzarbeit erheblich höher eingeschätzt wird. So wird in einer Studie prognostiziert, dass der Umfang illegaler Arbeit bis 2025 auf 511 Milliarden Euro anwachsen könnte, das entspricht 11,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (**Welt, Zeit**).

Im Vergleich zum Vorjahr ist der aufgedeckte Schaden

gestiegen: 2023 lag er bei 615 Millionen Euro. Trotz dieser Steigerung bleibt die Quote der aufgedeckten Fälle alarmierend niedrig: Der aufgedeckte Betrag entspricht nur 0,15 Prozent des geschätzten echten Schadens. Um dem entgegenzuwirken, kündigt Klingbeil an, die Ermittlungen zu intensivieren und mehr Fälle aufzudecken, um auch die staatlichen Einnahmen zu sichern.

Intensive Maßnahmen gegen Schwarzarbeit

Klingbeil plant, noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf einzubringen, der Maßnahmen zur besseren Bekämpfung der Schwarzarbeit umfasst. Ein zentraler Punkt dieser Strategie wird der Einsatz automatisierter Datenanalyse sowie Künstlicher Intelligenz sein. Diese Technologien sollen die Finanzkontrolleure bei ihren Ermittlungen unterstützen und helfen, illegale Beschäftigung effektiver zu identifizieren und zu ahnden.

Der Fokus liegt dabei insbesondere auf stark betroffenen Branchen wie dem Friseurgewerbe, Kosmetik- und Barbershops sowie Nagelstudios. Klingbeil kritisiert zudem die vergangenen Bemühungen seines Amtsvorgängers Christian Lindner, die seiner Meinung nach unzureichend waren. Diese neuen Strategien wurden als notwendig erachtet, um den Herausforderungen der Finanzkriminalität in Deutschland angemessen zu begegnen.

Neuer Kurs in der Finanzpolitik

Ein weiterer Aspekt der geplanten Maßnahmen ist die Umkehr der Beweislast bei Vermögenseinziehungen, was bedeutet, dass Verdächtige nachweisen müssen, dass ihre Vermögenswerte legal erworben wurden. Damit soll die Bekämpfung von Steuerbetrug, Geldwäsche und Schwarzarbeit deutlich verstärkt werden. Klingbeil hebt hervor, dass diese Maßnahmen nicht nur zur Aufdeckung von Schwarzarbeit führen sollen, sondern auch dazu, die Integrität des Finanzsystems zu wahren.

Informationen zur Finanzkontrolle werden auf der Webseite des Bundesfinanzministeriums bereitgestellt, wo auch Einzelheiten zur Erfassung und Verarbeitung von Daten zu finden sind (**Bundesfinanzministerium**).

Details	
Vorfall	Schwarzarbeit
Ort	Deutschland
Schaden in €	766000000
Quellen	• www.welt.de • www.zeit.de • www.bundesfinanzministerium.d e

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net